

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 332

13. April 2004

11. Jahrgang

"Das Urteil im Fall Gerardi ist für uns ein Triumph"

Weiterhin bleibt die Frage nach dem oder den Hauptverantwortlichen für den vor sieben Jahren begangenen Mord an Monsignore Juan José Gerardi offiziell ungeklärt. Am vergangenen 22. März hat die Zweite Berufungsinstanz des Gerichts ein neues Urteil verkündet, das den Rechtsspruch vom 8. Juni 2001 ersetzt. Mit einer Gegenstimme wurden somit die Haftstrafen von je 30 Jahren für die Militärs Byron Disrael Lima Estrada und dessen Sohn, Hauptmann Byron Miguel Lima Oliva, auf je 20 Jahre reduziert, die sich bei guter Führung noch einmal verringern können. Die Verurteilten gelten nun nicht mehr als Mittäter, sondern als Komplizen, bedingt durch den mutmasslichen Grad ihrer Beteiligung am Verbrechen. Das Strafmass von 20 Jahren für den bereits 2001 als Komplizen verurteilten Priester Mario Orantes wurde bestätigt. Alle drei sitzen ihre Strafen seit 5 Jahren ab. Der vierte Verurteilte, Obdulio Villanueva, wurde im Februar 2003 bei einem Aufstand im Gefängnis, wo er seine Strafe absass, ermordet.

Mit Schlägen auf den Kopf war Bischof Gerardi am 26. April 1998 in seinem Haus brutal ermordet worden, rund 54 Stunden nach der Präsentation des Berichts "Guatemala – Nie wieder" des Projekts zur *Wiedererlangung der Historischen Erinnerung* - REMHI. In diesem werden mehr als 55'000 Verletzungen der Menschenrechte während des bewaffneten Konflikts dokumentiert, von denen die Mehrheit der Verantwortung des guatemaltekischen Militärs zugeschrieben wird.

Im folgenden Interview erläutert Mario Gonzalo Domingo Montejo, für den Fall zuständiger Rechtsanwalt vom *Menschenrechtsbüro des Erzbischofs* (ODHAG), die Komplexität dieses Exempels für den Konflikt zweier das Land dominierenden Mächte: der Katholischen Kirche und dem Militär.

Frage: Vor der Urteilsverkündung erwartete die ODHAG laut Medienberichten die Bestätigung des ersten Urteils gegen die Lima. Nachher war zu lesen, dass sie mit dem zweiten, nun endgültigen Urteil, das die Strafen und vor allem die mutmassliche Verantwortung der Militärs erheblich mindert, ebenfalls zufrieden ist. Ist das kein Widerspruch?

Mario Domingo: Nun, dieser Fall ist ziemlich vielschichtig und schwierig, was auch ein Grund dafür ist, dass wir bereits seit sieben Jahren daran arbeiten.

Unsere und alle anderen Beweise, die dem Gericht vorlagen, haben faktisch die Verantwortung der Militärs als Täter des Verbrechens festgestellt sowie die Teilnahme des Priesters Mario Orantes als Komplize. Doch der Fall ist politisch manipuliert worden.

Zum einen auf parteipolitischer Ebene, wie im Fall des Ex-Präsidenten Alfonso Portillo, der den Fall allein dafür genutzt hat, um die Sympathien der Bevölkerung zu gewinnen. Indes hat die Regierung unter ihm so gut wie nichts getan, um das Verbrechen aufzuklären. Diese Arbeit oblag der Staatsanwaltschaft und dem ODHAG.

Unter den heutigen politischen Umständen und nach der ganzen Medienkampagne, die um den Fall gemacht wurde, ist also ein gewisser Triumph. Denn es wird nicht gesagt, dass die Militärs unschuldig seien.

Frage: Wie war das mit der Medienkampagne?

M. D.: Von Seiten der Konservativen und den Parallelmächten, die hinter dem Tod von Monsignore Gerardi stecken, wurden nach dem ersten Urteil die Medien genutzt, um

widrige Rahmenbedingungen für den Fall zu schaffen. Es wurde ein Buch voller Lügen publiziert, geschrieben von zwei AusländerInnen. Es trägt den Titel "Wer tötete den Bischof?". Die AutorInnen sind die JournalistInnen Maite Rico und Bertrand de la Grange (siehe ¡Fijáte! 299).

Wir sind durchaus im Stande, diese Lügen aufzudecken und werden dies auch tun. Doch es erschien uns nicht opportun, dies bereits zu unternehmen, da es bloss zur weiteren Politisierung des Falles beigetragen hätte, während das Rechtsverfahren noch nicht abgeschlossen war.

Durch das Buch wurde eine öffentliche Meinung gebildet, dass die Aussagen über den Totschlag, die zur Verurteilung der Angeklagten führten, erfunden seien. Eine solche Kampagne kostet einiges und wurde von Leuten unterstützt, die sowohl das Geld wie ein Interesse daran hatten, diese Lügen zu verbreiten.

Wir wissen, dass allein der Druck eines ersten Buches gegen die Position des ODHAG und gegen die Haltung der Katholischen Kirche hier in Guatemala 68'000 Quetzales gekostet hat. Dieses erste Buch liess sich jedoch nicht verkaufen. Für das Buch von Rico und de la Grange entwickelte man dann ein spezielles Marketing und diesmal klappte es.

Wie gesagt, die nötigen Beweise gegen diese Lügen haben wir, aber es ist schwierig, diese Gegeninformation öffentlich bekannt zu machen.

Frage: Wer steckt hinter dieser Kampagne?

M. D.: Wir wissen, dass diese Kampagne von ranghohen und zum Teil pensionierten Militärangehörigen lanciert worden ist. Diese Leute setzen alles daran, dass die

Wahrheit nicht ans Licht kommt.

Tatsächlich beweist das Buch "Wer tötete den Bischof?", die Nähe der beiden AutorInnen zur Militärintelligenz. Wir haben inzwischen Zeugenaussagen, die berichten, dass sich die AutorInnen mit hohen Militärs getroffen haben, und logischerweise resultierte alles, was sie ermittelt und veröffentlicht haben, zugunsten der Militärs.

Dann bekam das Buch auch noch Rückendeckung vom Schriftsteller Vargas Llosa, von dem ich annehme, dass er keine Ahnung in dieser Angelegenheit hat. Aber es hat auf jeden Fall den Weg geebnet für die Verbreitung dieses äusserst tendenziösen Buches, das Grundlage für ganz viele Spekulationen geworden ist. Ich glaube, dass diese Herrschaften sich sehr gut im Nutzen von Propaganda auskennen und darin, den Leuten Lügen als Wahrheiten aufzutischen.

Währenddessen fühlen wir uns von Seiten der Medien deplatziert und unsere Position marginalisiert, wir sehen uns extrem limitiert darin, zeigen zu können, dass das Buch in Wahrheit voller Lügen ist.

Frage: Kannst du ein Beispiel für die Lügen geben?

M. D.: Das ist einfach. Manche Behauptungen darin sind tatsächlich heftig. Auf Seite 226 des Buches wird gesagt, dass einer der beschuldigten Akteure angeblich nie Angehöriger des Militärs gewesen sei. Daraufhin sind wir hingegangen, haben Unterlagen und Archive durchsucht und ihn sowohl in Listen sowie auf Fotos in Uniform, auf Militärgelände und mit anderen Militärs gefunden!

Frage: Edgar Gutierrez, damaliger Leiter der ODHAG, sagt aus, dass er nie von den JournalistInnen konsultiert worden sei, aber in dem Buch mehrmals zitiert würde.

M. D.: Oh ja, wie gesagt, darin steht viel, was gar nicht stimmt. Genauso wie mit Marta Altolaquirre. Sie wurde nach der Publikation auf ihre vermeintliche Aussage in dem Buch angesprochen, woraufhin sie meinte, dass sie das, was dort steht, nie gesagt habe, und das, was sie gesagt habe, nicht zu lesen sei. Und das betrifft viele der angeblich Zitierten. Der Text lässt einfach sehr viele Informationen weg.

Der Fall ist ein Fall mit vielen Nuancen, er nutzte für viele Intrigen und diente vielen Interessen, das ist schon spannend.

Nehmen wir als Beispiel die Verantwortung des Ex-Präsidenten und heuti-

gen Bürgermeisters der Hauptstadt, Álvaro Arzú, bei der Verschleierung des Verbrechens. Uns liegen Dokumente vor, die belegen, dass Leute, die in Verbindung zu ihm standen oder für ihn arbeiteten - dabei beziehe ich mich konkret auf einen persönlichen Sekretär von Arzú - sich darum kümmerten, glauben zu machen, dass das Verbrechen auf einen Teufelspakt der Sekte *Valle del Sol* zurückzuführen sei.

Frage: Wie seid ihr mit der Situation umgegangen?

M. D.: Angesichts dieser Aggression und der Macht, die hinter den Medien steckt, fühlten wir uns sehr eingeschränkt und die Situation wurde sehr bedrückend. Schliesslich wurde von diversen Fehlern in dem ersten Urteil gesprochen und gesagt, dass es ganz einfach wäre, das Urteil zu kippen, aber stets auf vager Ebene, niemand spezifizierte die Fehler.

Wir hingegen sind davon überzeugt, dass das Urteil in Erster Instanz über die gesetzliche Verankerung verfügte und auf der Grundlage von Beweisen, die die Verantwortung der Militärs belegen.

Es wurde viel über den ersten Rechtsspruch diskutiert, geredet, geurteilt. Unsere Taktik war, nicht auf solche Provokationen wie z.B. die von Armando de la Torre zu reagieren, der sich in den Sprecher der Lima verwandelt hat und unsere Arbeit in Frage stellt. Herr de la Torre ist eine wichtige Person in den intellektuellen Kreisen des Landes. Er monopolisiert praktisch die Aktivitäten der Universität Rafael Landívar, hat öffentliche Präsenz und eine unleugbaren Affinität zu den Interessen der Militärs.

Wir haben immer gesagt, dass wir keine Angst vor einer zweiten Gerichtsdebatte haben. Es schlaucht uns, aber mehr als sonst sind wir völlig davon überzeugt, dass diese verurteilten Herren die Verantwortlichen sind.

Frage: Hat sich jetzt unter Berger die Positionierung der Medien verändert?

M. D.: Die Medien suchen generell Informationen, die sich gut verkaufen lassen, das passiert überall auf der Welt. Der Fall Gerardi hat nationale wie internationale Aufmerksamkeit hervorgerufen und war natürlich ein Fall für die Schlagzeilen. Es gab eine gewisse Verpflichtung, das Verbrechen aufzuklären.

Wir haben keinen Einfluss auf die Medien, um sagen zu können: „macht dies oder publiziert das“. Auch wenn

ich als Anwalt beispielsweise in den Fall des Präsidenten der Tageszeitung *el Periódico* Zamora involviert war, nutzen wir diese Situation nicht aus, um mit Artikeln in *el Periódico* unsere Situation zu stärken. In dieser Zeitung gibt es sogar viele KolumnistInnen, die gegen uns argumentieren und nur sehr wenige unterstützen unsere Position.

Es war, als ob jene Personen den ersten Stein werfen würden und auf uns ein ganzer Steinregen fällt. Dennoch, angesichts der Bombe, die dieses Buches darstellte, wurde das ODHAG in den Medien ignoriert. Uns kommt es auch zugute, dass nichts von der Arbeit publiziert wird, die wir realisieren. Denn in diesem Masse wird garantiert, dass unsere Arbeit vorsichtiger, klüger und sicherer ist. Wir sind nicht daran interessiert, uns der öffentlichen Meinung zu beugen wegen eines Bedürfnisses, das nicht das wirkliche ist. Unser Bedürfnis ist, die Wahrheit zu finden.

Wir hoffen allein darauf, dass die Zeit uns Recht gibt vor der öffentlichen Meinung. Was uns betrifft, insistiere ich: Es wurden keine Unschuldigen verurteilt, sondern Personen, die Verbrechen begangen haben. Was zum Beispiel nicht bekannt ist, ist, dass der Hauptmann Lima Oliva nicht nur wegen des Todes von Monsignore Gerardi verurteilt ist, sondern auch wegen Erpressung von Leuten, indem er falsche Aussage der Nationalpolizei benutzte, und so was macht nur ein Krimineller.

Frage: Laut Medien gab es auch konkrete Bedrohungen gegenüber den in den Fall involvierten BeamtenInnen.

M. D.: Das stimmt. Die RichterInnen sind unter Druck gesetzt worden. Die Richterin Palencia de Cid und der Richter Pineda sind von bewaffneten Männern eingeschüchtert worden. Eine solche Verfolgung und Aggression erschwert die Arbeit natürlich.

Ich weiss nicht, ob Du zu der Sitzung der Urteilsverkündung gekommen bist: Es näherte sich ein Mann, ganz offensichtlich ein Militär, mit einer Kamera und hat alle Leute, die darauf warteten, in den Saal hineinzukommen, fotografiert. Ein klarer Fall von Einschüchterung.

Frage: Eine Richterin hat ihre Stimme zu Gunsten der Angeklagten mit vermeintlichen Falschaussagen und der Nichtbeachtung gültiger Beweise begründet. Inwieweit stimmt ihr Vorwurf gegen das Gericht?

M. D.: Der Einspruch der Richterin Edna Najera de Portillo, von der ihre Ver-

bindung zu den Militärs bekannt ist und die die Schwester eines FRG-Abgeordneten ist, ist nichtig. Sie empfiehlt, die Debatte zu wiederholen, mit Argumenten, die längst diskutiert worden sind und die bereits vom Höchsten Gerichtshof angehört wurden. Dieses hat ein entsprechendes Urteil verkündet, auch vom Verfassungsgericht wurden die Argumente abgewertet, sie sind nicht rechtskräftig.

Dennoch greift diese Dame auf dieselben Argumente zurück, um ihr Gesicht vor ihren Leuten zu wahren. Aber damit kommt sie nicht weit, im Gerichtsprozess kann dieser Rekurs nicht gedeihen.

Frage: Waren dies denn ihre einzigen Argumente für ihre Haltung?

M. D.: Ja, aber es ist ein Plädoyer, das keine Substanz hat. Wir glauben, dass sie das Urteil gefällt hat, um eindeutig die Militärs zu bevorzugen, auch dann noch, als es zur zweiten Debatte kam.

Ich weise daraufhin, dass auch sie nicht behauptet hat, die Militärs seien unschuldig.

Ich möchte noch einmal betonen: Angesichts all dieser widrigen Umstände ist das Urteil, dass die Lima keine Täter sondern Komplizen sind, aber trotzdem sie die Verantwortung für das Verbrechen tragen, für uns ein Triumph.

Frage: Laufen denn noch Ermittlungen, um den oder die „wahren Täter“ auszumachen?

M. D.: Auf jeden Fall, die Ermittlungen sind nicht stecken geblieben, wir machen weiter, wir sind absolut davon

überzeugt, dass die verurteilten Personen, die Verantwortlichen sind.

Frage: Könnten sie denn noch als „Täter“ verurteilt werden?

M. D.: Nein, eine Person kann ja nicht zweimal aufgrund der gleichen Taten verurteilt werden.

Berücksichtigen wir eine Sache: Als der Prozess gegen die Verurteilten aufgenommen wurde, waren die Bedingungen andere. Die Beweise waren sehr eingeschränkt, sie waren nicht die idealsten. Man muss die Verschleierungen in Rechnung ziehen, die Drohungen und erlittene Verfolgung. RichterInnen und StaatsanwältInnen mussten wegen dieses Falles ins Exil gehen. Was erreicht wurde, war für jenen Moment ziemlich viel, es reichte aus, um die Personen zu verurteilen. Der Prozess war eingeschränkt durch die widrigen Konditionen.

Obwohl die Information, die jetzt vorliegt, vollständiger ist, können wir die Zeit nicht zurückdrehen und diese Beweise gegen diese Personen vorlegen. Der Prozess in einer legalen Diskussion wird bedingt durch Fristen, Formalismen und Notwendigkeiten, die die Verteidigung der Angeklagten garantieren. Doch die Beweise die uns jetzt vorliegen, weisen nicht nur auf die Verantwortung der verurteilten Personen hin sondern auch auf die Beteiligung von anderen Leuten an dem Verbrechen.

Frage: Welches werden die nächsten Schritte der ODHAG in diesem Fall sein?

M. D.: Nun, wir werden unsere Ermittlungen weiterverfolgen und die Rah-

menbedingungen für ein zweites Gerichtsverfahren schaffen für diejenigen, die laut unseren Beweisen ebenfalls in den Fall involviert und schuldig sind.

Frage: Der Fall Gerardi ist wohl das Beispiel schlechthin für die Konfrontation zweier wichtiger Mächte in Guatemala...

M. D.: Es sind die zwei wichtigsten des Landes: die Kirche und das Militär. Ich glaube, dass der Tod von Monsignore Gerardi zudem die Schwere des Konflikts zeigt. Die Kirche hat sich in die Ermittlungen all der Verbrechen eingemischt, die während des internen bewaffneten Konflikts begangen wurden, was sich im Bericht des Projekts zur *Wiedererlangung der Historischen Erinnerung* REMHI widerspiegelt und die in ihrer Mehrheit dem Militär zugeschrieben werden. Und rund 50 Stunden später ist Monsignore tot.

Glauben zu machen, dass es ein Verbrechen innerhalb des Haushalts gewesen sei oder ein Mord aus Leidenschaft oder die These, dass eine Satan-Gruppe im Verbrechen verwickelt sei, oder der Organhandel oder der Raub von Kirchenbildern und –wertgegenständen und ähnliches, all das gehört zur Taktik derer, welche die Wahrheit zu verschleiern versuchen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Aktuelles zum Thema TLC

Guatemala, 10. April. Nach einem erneuten, als "national" proklamierten Streik am 7. April, der sich auf die Blockade weniger Strassen im Landesinneren und einer verhältnismässigen, von den Organisatoren als "erfolgreich" bewerteten Demonstration in der Hauptstadt beschränkte, haben sich inzwischen die Karten im Kontext des Freihandelsabkommens zwischen Zentralamerika, der Dominikanischen Republik und den USA (TLC) neu gemischt.

Das politische Gremium der *Bewegung der Indígenas, BäuerInnen, GewerkschafterInnen und des Volkes* (MICSP) hat sich zu Verhandlungen mit den Fraktionsleitungen der Parteien ANN - die von Vornherein gegen

das Gesetz des TLC gestimmt hatte -, der UNE, der PAN und der Patriotischen Partei zusammengesetzt, um das weitere Procedere, nun speziell zur Verhinderung der Billigung des Gesetzes der Konzessionen, zu diskutieren. Die Debatte um dieses im Kongressplenum ist auf Petition des MICSP für den kommenden Dienstag geplant.

Ausschlaggebend für das Interesse der letztgenannten Parteien gegen das Gesetz ist die unleugbare Bevorzugung der Regierungspartei und des Präsidenten Berger selbst, die dem Unternehmerflügel angehören und durch die potentiellen Privatisierungen möglichen Profit ziehen können, die nächsten Präsidentschaftswahlen mit eingeschlossen.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise

14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

MigrantInnen-Jagd an der Grenze USA-Mexiko

Tucson, Arizona, 4. April. Die Regierung der Vereinigten Staaten entsandte ein Zusatzkontingent von 534 Grenzwachern, 16 Helikoptern und 3 Flugzeugen nach Arizona, um „die Kontrolle über die Grenzen unseres Landes“ zu gewinnen, wie das US-Departement für Innere Sicherheiten mitteilte.

Obwohl die Bereitstellung von mehr Grenzschutz mit den „verstärkten Sicherheitsmassnahmen“ seit dem 11. September 2001 begründet wurden, geht es dieser Kontrolle für einmal wohl nicht in erster Linie um die Kontrolle der MigrantInnen, sondern um die Kontrolle einer selbsternannten Schutztruppe Namens *Minute Man Project* (PMM), welche seit dem 1. April für einen Monat lang die Vereinigten Staaten vor der Einreise „illegaler“ MigrantInnen schützen will.

„Wir tun, was der US-amerikanische Kongress nicht tut“ heisst der Slogan der *Minute-Männer*, von denen laut ihrer Webseite von den insgesamt gemeldeten 1'022 Freiwilligen 40% Frauen und „Minderheiten“ sind, unter anderem in den USA eingebürgerte Latinos. Rekrutiert wurde anfänglich ausschliesslich über Internet, doch nachdem von öffentlicher Seite Bedenken geäussert wurden, dass dieser Aufruf RassistInnen und zu Gewaltanwendung bereite Personen anziehen könnte, müssen potentielle Freiwillige nun persönlich vorsprechen.

Die Grenze im Bundesstaat Arizona wird als die „durchlässigste“ bezeichnet. Insgesamt werden in den Vereinigten Staaten täglich 1'600 Verhaftungen von Personen ohne gültige Ausweispa-

piere durchgeführt.

MigrantInnen- und Menschenrechtsorganisationen aus den USA, Mexiko und Guatemala, aber auch die Behörden der drei Länder sind sich einig, dass die MigrantInnen-Jagd, wie sie das PMM plant, ein „bedauerliches Vorhaben ist, das sich im Grenzbereich der Gesetze abspielt und das es zu bekämpfen gilt“. Wie dies jedoch gemacht werden soll, wusste US-Aussenministerin Condoleezza Rice anlässlich ihres kürzlich erfolgten Besuchs in Mexiko (noch) nicht.

Nebst den zusätzlichen Grenzwachern ist auch eine Karavane von MenschenrechtsaktivistInnen, kirchliche Gruppierungen und Latino-Organisationen in den USA an die Grenze nach Arizona gereist. Sie protestieren einerseits gegen die von den *Minute-Männern* geplante „MigrantInnen-Jagd“ und wollen andererseits mit ihrer (im Vergleich zu den PMM-Leuten) unbewaffneten Anwesenheit verhindern, dass es zu gewalttätigen Zwischenfällen kommt. Eine Gruppe von 15'000 in den USA lebenden Guatemalteken plant für den 27. April eine Demonstration in Washington, anlässlich der sie gegen die „MigrantInnen-Jagd“, aber auch gegen die offizielle US-amerikanische Migrationspolitik protestieren will.

Der mexikanische Präsident Vicente Fox kündigte an, seine Regierung würde Rechtsschritte einleiten, um die Patrouillen des *Minute Man Projects* zu verhindern. Auch die Regierung von Oscar Berger entsandte einen Protestbrief an den US-amerikanischen Bot-

schafter in Guatemala, John Hamilton. Überhaupt herrschte in Zentralamerika in letzter Zeit ein gewisser Unmut über die Migrationspolitik der USA. Doch bei einem Anfang April durchgeführten Gipfeltreffen der zentralamerikanischen Präsidenten schafften es diese nicht, sich gemeinsam und deutlich dagegen auszusprechen. Zentrales Thema war der Kampf gegen die Jugendbanden, speziell auch im Zusammenhang mit den in letzter Zeit vermehrt erfolgten Deportationen von straffälligen, zentralamerikanischen Mitgliedern von in den USA operierenden Banden. Offenbar werden diese von den USA in ihre Herkunftsländer abgeschoben, ohne dass die dortigen Behörden über das Strafdelikt informiert werden. Nach den ersten dieser Deportationen forderten die zentralamerikanischen Regierungen, dass die Jugendlichen ihre Strafe in den USA, wo sie das Verbrechen ausgeübt haben, absitzen müssen. In den USA verfüge man über bessere Gefängnisse und ausserdem über geeignetere Möglichkeiten der Förderung und Integration solcher Jugendlichen, während in den Herkunftsländern sehr wenig in diese Richtung getan werden könne und auch kein Geld dazu vorhanden sei.

Doch auch diese Forderung blieb im Rahmen des Gipfeltreffens auf der Strecke. Die zentralamerikanischen Präsidenten einigten sich bloss darauf, mit den US-Behörden auszuhandeln, dass den straffälligen Mitgliedern von Jugendbanden bei ihrer Deportation wenigstens noch die Polizeiakte über ihre Straftat mitgegeben werde.

Zunahme von Frauenmigration

Guatemala, 28. März. Weltweit sind 54% der MigrantInnen Frauen (ca. 90 Mio.), was eine deutliche Zunahme im Verlauf der letzten Jahre ist. Zu diesem Schluss kommt das kürzlich erschienene UNO-Dokument „Frauen und internationale Migration“. Gemäss UNO-Vertreter José Antonio Ocampo stammen die meisten Migrantinnen aus der Karibik und Lateinamerika, ihr bevorzugtes Zielland sind die Vereinigten Staaten, wo sie hoffen, der in ihren Herkunftsländern herrschenden Arbeitslosigkeit und Diskriminierung entfliehen zu können.

Oscar Chacón, Direktor von *Enlaces de América*, der selber guatemalteker Herkunft ist, aber schon seit 20 Jahren in den USA lebt, kommt zu ähnlichen Schlüssen wie das UNO-Dokument. Die Migration von lateinamerikanischen Frauen habe in den vergange-

nen 15 bis 20 Jahren stark zugenommen. Oft seien es alleinerziehende Mütter, die ihre Kinder bei Verwandten liessen und Arbeit in anderen Ländern suchten, um als „Familienoberhaupt auf Distanz“ zum Überleben der Familie beizusteuern.

Leider würde die spezifische Situation von Frauen, die migrieren, zu wenig beachtet und analysiert. So würden sie oft zu Opfern von Frauenhandel, indem sie mit falschen Versprechungen und der Aussicht auf eine Arbeit im Haushalt einer Familie getäuscht würden und am Ende unfreiwillig als Prostituierte arbeiten müssten. Eines der grossen Probleme sei, dass Migrantinnen im Gegensatz zu Migranten viel weniger soziale Netze haben und in Notsituationen auf sich selber gestellt seien. Was leider auch immer wieder vorkomme sei, dass Männer ihre Freundinnen oder Frauen selber sexuell ausbeuten. Haben sie sich selber

in einem Land etabliert, lassen sie ihre Partnerinnen nachkommen mit dem versprechen, sie zu heiraten und ihnen zu Papieren zu verhelfen, Versprechen, die oft niemals eingelöst werden. Das sei zwar nichts Neues, doch würden Frauen meist keine Anzeige erstatten gegen ihre Peiniger. Einerseits aus Schamgefühl oder emotionaler Abhängigkeit, andererseits seien Anzeigen wegen sexuellem Missbrauchs häufig mit einer unmittelfähigen Ausweisung der Frau gekoppelt.

Laut Chacón hat der Menschenhandel eine ganz neue Dimension erhalten, unter anderem habe auch die Ausbeutung von Kindern zu sexuellen Zwecken zugenommen. Der Handel mit Menschen beschränke sich zudem nicht mehr nur auf die Länder Amerikas sondern habe sich durch das internationale Verbrechen auch nach Europa ausgedehnt.

Goldmine in San Marcos fordert zweites Todesopfer

Guatemala, 30. März. Am Sonntag, 13. März, nach einem Chorkonzert in der Kirche von San Miguel Ixtahuacán, San Marcos, wurde Alvaro Benigno aus der Gemeinde Sipacapa vom Sicherheitspersonal der Goldmine Marlin erschossen. Gemäss AugenzeugInnenberichten verliess Benigno zusammen mit anderen Personen die Kirche und machte sich auf den Heimweg. Als sie an einer Kneipe vorbeikamen, begegneten sie zwei Angestellten der Sicherheitsfirma Golan, die von der Minenbetreiberin Montana zum „Schutz“ der Mine kontraktiert wurde. Alvaro Benigno wurde zuerst von einem der Sicherheitsmänner tödlich angegriffen, im anschliessenden Handgemenge zog der andere seine Pistole und verletzte Benigno tödlich.

Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft haben bisher keine Resultate, geschweige denn Verhaftungen, nach sich gezogen. Der Manager der Sicherheitsfirma Golan rief die Familienangehörigen von Benigno mehrmals an und

offerte ihnen Geld (25'000 Quetzales) um zu verhindern, dass die Familie einen Prozess gegen das Unternehmen anstrebt.

Die sipakapensischen GegnerInnen der Goldminen verlangen von der Regierung eine Volksbefragung, bei der darüber abstimmt wird, ob die Bevölkerung dieses Projekt und seine sozialen und ökologischen Auswirkungen überhaupt in der Gemeinde dulden will. Diese Volksbefragung stützt sich auf das Abkommen 169 der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO). Gemäss Artikel 6 der von Guatemala im Jahr 1996 unterzeichneten ILO-Konvention zum Schutz indigener Völker "haben die Regierungen die betreffenden Völker durch geeignete Verfahren und insbesondere durch ihre repräsentativen Einrichtungen zu konsultieren, wann immer gesetzgeberische oder administrative Massnahmen, die sie unmittelbar berühren können, erwogen werden". Diese Konsultationen sind "mit dem Ziel durchzu-

führen, Einverständnis oder Zustimmung bezüglich der vorgeschlagenen Massnahmen zu erreichen".

Im Fall der Lizenzerteilung an die US-amerikanisch-kanadische Glamis Gold, bzw. ihre guatemalteckische Tochterfirma Montana, wurde dieses Abkommen nicht berücksichtigt. Alvaro Benigno war einer der Minengegner aus Sipacapa.

Vom 31. März bis zum 1. April fand in Totonicapán das erste regionale Treffen der neu gegründeten *Frente de Ocidiente contra la Minería*, eines Zusammenschlusses indigener MinengegnerInnen des guatemalteckischen Hochlandes, statt. Dabei ging es um den Austausch von Informationen darüber, wie weit die Minentätigkeit in den verschiedenen Gebieten vorangeschritten ist, aber auch darum, eine gemeinsame Position seitens der betroffenen indigenen Bevölkerung zu erarbeiten, wie Vinicio López von der Diözese San Marcos erklärte.

Indígenaberatung für den Präsidenten

Guatemala, 31. März. Anlässlich des zehnjährigen Jahrestags der Unterzeichnung des Friedensabkommens über die Identität und die Rechte der indigenen Bevölkerung forderten VertreterInnen der nationalen Mayakoordination *Waqib' Kej* von der Regierung eine kohärentere Politik in Sachen sozioökonomischer, kultureller und politischer Integration und Entwicklung der indigenen Bevölkerung. Anlässlich einer Mayazeremonie zur Feier des historischen Momentes der Vertragsunterzeichnung, erklärte Rodolfo Pocop von *Waqib' Kej*, dass zwar einige Massnahmen ergriffen worden seien, um die Rechte der Indígenas anzuerkennen, dass sich aber noch keine Veränderungen in der Beziehung des Staates zu den indigenen Gruppen abzeichneten. Verantwortlich für diesen Zustand ist laut Pocop der fehlende politische Wille der verschiedenen Regierungen seit der Unterzeichnung des Abkommens. Die im Moment lancierten Programme seitens der Regierung seien nichts anderes als populistische und demagogische Aktionen, die sich der Figur der Indígenas für ihre eigenen Interessen bediene.

So ähnlich mutet denn auch der just zum Jahrestag des Indígena-Abkommens eingeführte präsidentiale *Rat in Indígena-Angelegenheiten* an. Ziel dieses Rates ist, die Regierung im Thema "Indígena" zu beraten, die Lebensumstände der indigenen Bevölkerung zu verbessern helfen und den Kampf gegen

Rassismus zu unterstützen. Bekanntestes Mitglied dieses Rates ist die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú.

Während aus Regierungs- und Diplomatenkreisen die Einsetzung des Rats als Erfolg und weiterer Schritt in Richtung Umsetzung der Friedensabkommen, Multikulturalität und Gleichberechtigung gefeiert wird, gibt es auch skeptische Stimmen. So zum Beispiel die des indigenen Kolumnisten Sam Colop, der seinen Kommentar in der *Prensa Libre* auch gegen die Indígenas selbst richtet,

die sich für die Imagepflege der Regierung zur Verfügung stellten – und dann auch noch unentgeltlich, ist doch die Mitarbeit im Indigenenrat „ad honorem“. An die Regierung gerichtet fordert Colop, dass eine „Öffnung von Räumen der Partizipation“ für die indigene Bevölkerung sich nicht auf Freiwilligenarbeit beschränken sollte. „Wie viele Indígenas arbeiten in Entscheidungsstellen der öffentlichen Administration? Wie viele sind RichterInnen? Wie viele sitzen im Kongress?“ fragt Colop sich und seine LeserInnen.

Erstes Rassismsurteil

Guatemala, 05. April. Fünf Personen wurden nun wegen des Delikts des Rassismus zu drei Jahren und zwei Monaten Haft verurteilt, begangen im Jahr 2003 gegen die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú (siehe ¡Fijáte! 331).

Die Urteile aufgrund von Diskriminierung und Störung der öffentlichen Ordnung sind unwandelbar in Geldstrafen von insgesamt rund 10'000 US-\$, während jeder/m Einzelnen der Angeklagten zusätzlich ein Bussgeld von umgerechnet je 625,- US-\$ auferlegt wurde. Alle fünf Betroffenen sind GenossInnen der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG), in deren Strafregistern ihr Verhalten noch 10 Jahre dokumentiert bleiben wird. Wegen mangelnder Beweislage sind sie der Delikte der

Drohung und Nötigung enthoben. Das Gerichtsverfahren wegen Rassismus ist das erste in der guatemalteckischen Gerichtsgeschichte, die Resolution wurde gemäss der Richterin Carol Flores Polanco unparteiisch und ohne jeglichen Druck getroffen.

Menchú selbst bewertete das Urteil als "etwas Wunderbares", das ein Exempel statuieren, auch wenn sie es gern gesehen hätte, dass die RichterInnen ein härteres Urteil erlassen hätten. „Seit vielen Jahren wurde die rassistische Verachtung ohne Grund erlitten. Die Busse der Strafe und die Bitte um Verzeihung wird der zu zahlende Preis dafür sein, denn eine Nobelpreisträgerin wird nirgendwo auf der Welt beschimpft“, so der Kommentar der nicht das erste Mal im Rampenlicht stehenden Indígena.

"Die Delinquenz übersteigt die Kapazitäten der Polizei"

Guatemala, 5. April. Dies ist die Antwort des Verteidigungsministers Carlos Aldana auf die Frage eines Journalisten der Tageszeitung *el Periódico*, weshalb sich das Militär in Angelegenheiten der Inneren Sicherheit, wie z.B. die Bekämpfung der Jugendbanden, des Drogenhandels und der Delinquenz einmischte. Eine der Folgen davon ist, dass seit Anfang April 1000 Soldaten die 583 Polizisten verstärken, welche die neue Sondertruppe „Aufgabe Sicheres Guatemala“ bestücken. Gemäss Polizeidirektor Erwin Sperisen gehe es nicht darum, die nach den Friedensabkommen aufgelöste Militärpolizei zu reaktivieren, sondern es sei in erster Linie ein Budgetproblem, welches ihn dazu zwingt, Militärkräfte in die Polizei zu integrieren.

Diese kombinierte Truppe soll das neue 17. Kommissariat bilden, ihren Sitz wird sie in der ehemaligen Militärkaserne *Marical Zavala* in der Hauptstadt einnehmen, doch die Idee ist, dass die Truppe bei Bedarf in die Departements des Landesinneren versetzt werden kann. Sperisen betonte, dass es sich bei der Massnahme nicht um eine Militarisierung der Polizei handle und dass ein Polizei- und nicht ein Militäroffizier die Truppe befehlige.

Die Meinungen über die Integration vom Militär in die Polizeikräfte sind geteilt. Menschenrechtsprokurator Sergio Morales spricht sich eindeutig dagegen aus, mit der Begründung, die Massnahme widerspreche den Friedensabkommen. Darin heisst es, dass solch kombinierte Einsätze nur in einem Notfall erlaubt seien und nicht institutionalisiert werden dürften. Der Politologe Marco Antonio Barahona hingegen sieht in der momentanen Situation bereits einen Notfall und begrüsst die Massnahme.

Wenn man den Ausführungen von Polizeipräsident Sperisen über die Fortschritte der "renovierten" Polizei glaubt, wundert man sich, dass diese eine militärische Verstärkung überhaupt nötig hat. Einerseits wurde in den acht Monaten, seit Sperisen das Regime in der Polizei übernommen hat, der Fahrzeugpark der Polizei massiv vergrössert, auf der anderen Seite rühmt sich Sperisen, er habe als Erstes im "eigenen Haus sauber gemacht". Damit spricht er die Entlassung von 1'232 PolizistInnen wegen Korruption und sonstigen Vergehen gegen die Berufsehre an. Auf diese Weise werde das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei gestärkt, meint

der Polizeidirektor.

Ebenso spricht er stolz von der neuen Ausbildung für angehende PolizistInnen, die viel strenger sei, womit die Professionalität der zukünftigen PolizistInnen gewährleistet werde. (Gemäss Vize-Innenministerin Silvia Vásquez sind 17% der PolizeiaspirantInnen, die diesen neue Ausbildungsgang absolvieren, während ihres erstenurlaubes desertiert – im Vergleich zu 10% in früheren Lehrgängen. Die Deserteure seien alles junge Männer, von den 122 Frauen die den Kurs absolvieren, seien alle noch dabei, weshalb man in Zukunft die Anzahl der jungen Frauen in dem Ausbildungsgang zu erhöhen versuche, so Vásquez.)

Gemischte Polizei-/Militär-Truppen wurden in den letzten Wochen aber aber auch eingesetzt, um die Volksproteste gegen die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens mit den USA zu bekämpfen. Dabei wurden Methoden eingesetzt, die an die Polizeipraxis der Zeit während des bewaffneten Konflikts erinnerten.

In diese Richtung weist denn auch die Kritik von Carmen Rosa de León-Escribano, Direktorin des Instituts für nachhaltige Entwicklung (Iepades). Sie schreibt: "Eines der Probleme beim Übergang von repressiver zu demokratischer Sicherheit ist die Veränderung des Verhaltens und des Auftretens der dafür zuständigen Institutionen. Während früher die Polizei für die Repression in den Städten verantwortlich war, erhofft man heute von ihr, dass sie dafür ausgebildet ist, die Rechte der BürgerInnen zu wahren. Doch auch acht Jahre nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen und der damit einhergehenden Polizeireform hat die Polizei den Ruf, gegen die Bevölkerung zu arbeiten. Das Problem ist ein Grundsätzliches. Statt mit neuen Leuten zu arbeiten, hat man die bestehenden Truppen "rezykliert". Es ist eine Illusion zu glauben, mit einem dreimonatigen Kurs könne man ein über Jahre gewachsenes Verhalten ändern, das auf Kontrolle und Repression ausgerichtet war."

Möglicherweise stecken noch ganz andere Gründe hinter dem Engagement des Militärs in Sachen Innerer Sicherheit. Einerseits muss auch die guatemalteckische Armee nach dem Wegfallen ihres Hauptfeindes, der Guerilla, ihre Daseinsberechtigung neu legitimieren. Dies macht sie einerseits durch ihre Teilnahme an internationa-

len „Friedens“-Missionen der UNO: guatemalteckische Militärs wurden nach Haiti und jüngst unter grossem Medienecho in die Demokratische Republik Kongo geschickt. Auf der anderen Seite bieten eine marode Polizei und die zunehmende Gewalt sowie in den letzten Wochen das Aufleben der Volksproteste die beste Gelegenheit, sich der eigenen Bevölkerung als "Retter in der Not" zu verkaufen.

Auch darf man den internationalen Druck nicht vergessen. Dazu eine weitere Antwort von Verteidigungsminister Aldana aus dem eingangs zitierten Interview: "Die Feinde des Staates haben sich verändert, es sind nicht mehr die selben wie zur Zeit des bewaffneten Konflikts. Heute sind es die *maras* (Jugendbanden), der Drogenhandel und seit neuestem, der Terrorismus. Im Fall von Guatemala, wo die Polizei schlichtweg überfordert ist, ist es notwendig, dass die Streitkräfte helfen, die Sicherheit der BürgerInnen zu garantieren. In unseren Nachbarländern Honduras, El Salvador und Nicaragua wird dies bereits gemacht."

Dieser Vergleich mit den Nachbarländern klingt fast nach einer regionalen Strategie. Und eine solche ist, wie bei dem Ministertreffen von Anfang April ausgemacht wurde, mindestens im Bereich der Drogenbekämpfung und der Jugendbanden geplant. Auf klaren Druck und mit finanzieller und logistischer Unterstützung der USA.

Diese Meinung vertritt Robert Arias in einem Leserbrief in der Tageszeitung *La Hora*: "Die angekündigte Militärhilfe der USA besteht in einer einmaligen Auszahlung von 3,2 Mio. US-\$ und soll das guatemalteckische Militär dahingehend verbessern, dass dieses den Drogenhandel in die USA verhindern kann. (...) Dabei ist doch die Aufgabe unseres Militärs die Verteidigung unserer Landesgrenzen und nicht, dafür zu sorgen, dass keine Drogen in die USA kommen. (...) Die Fusion der Polizei mit dem Militär, die Geschichten von den *maras*, den Terroristen und dem Drogenhandel sind nichts anderes als ein Vorwand, um die zentralamerikanischen Armeen unter die Kontrolle der USA zu bringen. (...) Der kürzlich erfolgte Besuch von Rumsfeld hat verschiedene Gründe, verschiedene Ziele und verschiedene Bedeutungen. Der Besuch von Rumsfeld bedeutet die - erneute - Militarisierung des Staates, um im Namen des Gesetzes Repression gegen die BürgerInnen durchzuführen."